



Haushalts- und Finanzausschuss

98. Sitzung (öffentlich)

10. Februar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 10:31 Uhr

13:22 Uhr bis 13:34 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Ralph Bombis (FDP) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Der Ausschuss ist mit der Änderung der Tagesordnung einverstanden, TOP 3 als TOP 1 zu behandeln und TOP 2 zu vertagen.

3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2021 6

Vorlage 17/6378

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Vorlage 17/6378 einstimmig zu.

2 Belastungen der steuerberatenden Berufe im Zuge von Corona (*Bericht beantragt von der AfD [s. Anlage 5]*) **7**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6430

In Verbindung mit:

Situation der steuerberatenden Berufe (*Bericht beantragt von der SPD [s. Anlage 6]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6432

– keine Wortbeiträge

Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

1 Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2022 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise **8**

Vorlage 17/6380
Vorlage 17/6381
Vorlage 17/6382
Vorlage 17/6383
Vorlage 17/6441
Vorlage 17/6442
Vorlage 17/6443
Vorlage 17/6444
Vorlage 17/6445

Maßnahmenvorschläge der Fraktion der SPD (*s. Anlagen 1, 3 und 4*)

Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD (*s. Anlage 2*)

Grundsätzliche Aussprache **9**

– Wortbeiträge

Vorlage 17/6380 **9**

– keine Wortbeiträge

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6380 zu.

Vorlage 17/6381	9
– keine Wortbeiträge	
Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6381 zu.	
Vorlage 17/6382	9
– Wortbeiträge	
Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimme der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6382 zu.	
Vorlage 17/6383	14
– keine Wortbeiträge	
Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimme der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6383 zu.	
Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „Programm Neustart“ (s. Anlage 1)	14
– Wortbeiträge	
Der Maßnahmenvorschlag wird zurückgezogen.	
Vorlage 17/6441 und Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD (s. Anlage 2)	14
– Wortbeiträge	
Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss den Maßgabenvorschlag der SPD (s. Anlage 2) ab.	
Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6441 zu.	
Mit den Stimmen von CDU, FDP, Grünen und AfD sowie gegen die Stimmen der SPD beschließt der Ausschuss, die Arbeitssitzung fortzusetzen.	
Vorlage 17/6442	22
– Wortbeiträge	
Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6442 zu.	

Vorlage 17/6443	24
– keine Wortbeiträge	
Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6443 zu.	
Vorlage 17/6444	24
– keine Wortbeiträge	
Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie bei Enthaltung der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6444 zu.	
Vorlage 17/6445	24
– keine Wortbeiträge	
Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6445 zu.	
Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „Mensen“ (s. Anlage 3)	24
– Wortbeiträge	
Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD (s. Anlage 3) ab.	
Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „Brauereien“ (s. Anlage 4)	26
– Wortbeiträge	
Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD (s. Anlage 4) ab.	
Vorlage 17/6431 „Abfluss NRW-Rettungsschirm“	28
– Wortbeiträge	

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Martin Börschel teilt mit, Herr Minister der Finanzen, Lutz Lienenkämper, sei für die heutige Sitzung entschuldigt.

Die Sitzung werde gestreamt, aber nicht aufgezeichnet.

Vor dem Hintergrund der nach der Arbeitssitzung stattfindenden Anhörung um 10:00 Uhr schlage er vor, TOP 3 als TOP 1 zu behandeln. Des Weiteren sei im Vorfeld geklärt worden, dass TOP 2 nicht heute behandelt werden müsse, sodass dieser vertagt werden könne.

Der Ausschuss ist mit der Änderung der Tagesordnung einverstanden, TOP 3 als TOP 1 zu behandeln und TOP 2 zu vertagen.

3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2021

Vorlage 17/6378

Vorsitzender Martin Börschel leitet ein, mit der Vorlage 17/6378 beantrage der Minister der Finanzen die Einwilligung des HFA in über- und außerplanmäßige Ausgaben im dritten Quartal des Haushaltsjahres 2021.

Der Ausschuss stimmt der Vorlage 17/6378 einstimmig zu.

2 Belastungen der steuerberatenden Berufe im Zuge von Corona (*Bericht beantragt von der AfD [s. Anlage 5]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6430

In Verbindung mit:

Situation der steuerberatenden Berufe (*Bericht beantragt von der SPD [s. Anlage 6]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6432

Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

1 **Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2022 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise**

Vorlage 17/6380

Vorlage 17/6381

Vorlage 17/6382

Vorlage 17/6383

Vorlage 17/6441

Vorlage 17/6442

Vorlage 17/6443

Vorlage 17/6444

Vorlage 17/6445

Maßnahmenvorschläge der Fraktion der SPD (*s. Anlagen 1, 3 und 4*)

Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD (*s. Anlage 2*)

Vorsitzender Martin Börschel: Aus der Kabinettsitzung am 1. Februar haben uns vier Maßnahmenvorschläge erreicht, nämlich die 17/6380 bis 17/6383.

Zu der Vorlage 17/6380 „Kosten im Rahmen der Impfungen gegen SARS-CoV-2“ liegt die Stellungnahme 17/4831 des Landkreistages NRW vor.

Außerdem liegt – wie erbeten – die Vorlage 17/6431 „Abfluss aus dem NRW-Rettungsschirm“ vor.

Die SPD-Fraktion hat ebenfalls am 1. Februar einen Maßnahmenvorschlag „Förderung von Vereinen aus dem Programm ‚Neustart miteinander‘ ausweiten“ übermittelt. Auch den werden wir natürlich heute aufrufen.

Und dann hat uns aus der Kabinettsitzung am Dienstag dieser Woche ein weiteres Konvolut aus insgesamt fünf Maßnahmenvorschlägen der Regierung erreicht, nämlich die Vorlagen 17/6441 bis 17/6445.

Außerdem hat die SPD-Fraktion zwei Maßnahmenvorschläge eingereicht, nämlich „Beschaffung von mobilen Luftfiltergeräten für Menschen“ und „Unterstützung für kleine Brauereien“.

Dann gibt es noch eine Stellungnahme 17/4832 der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zu der Vorlage 17/6444 „Testangebote für Kinder in Kindertageseinrichtungen etc.“

Und letztlich hat die SPD-Fraktion gestern einen Maßgabenvorschlag zu der Vorlage 17/6441 „Sofortprogramm ‚Neustart miteinander‘“ eingereicht.

Das wären dann alle Punkte, die wir heute gemeinsam besprechen sollten.

Die Frage ist, ob es grundsätzlichen Diskussionsbedarf gibt, bevor ich dann in die Arbeit und den Aufruf der einzelnen Vorlagen einsteige. – Herr Kollege Zimkeit.

Grundsätzliche Aussprache

Stefan Zimkeit (SPD): Eigentlich würde es einen grundsätzlichen Diskussionsbedarf geben, insbesondere auch einen ausführlicheren Diskussionsbedarf zur Vorlage „Abfluss der Mittel“. Aus den genannten Zeitgründen würde ich jetzt darauf verzichten. Wir müssen dann später klären, ob wir das in der nächsten Sitzung aufrufen oder ob wir das heute noch machen.

Vorsitzender Martin Börschel: Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Ich habe Verständnis für den Zeitdruck. Wir haben ja in der Plenarsitzung den Bericht. Der bezieht sich auf die Vorlage. Ich fände es gut, wenn wir, bevor wir es im Plenum haben, hier mal über den Bericht gesprochen haben. Also, wenn es irgendwie geht, ansonsten stimme ich natürlich dem Kollegen Zimkeit zu bezüglich der Zeitproblematik.

Vorsitzender Martin Börschel: Das schauen wir dann und entscheiden gleich gemeinsam, ob wir unterbrechen oder irgendwann abbrechen. Das ist Ihre allseitige Entscheidung.

Vorlage 17/6380

Vorsitzender Martin Börschel: Auf die Stellungnahme des Landkreistages habe ich vorhin verwiesen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine.

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6380 zu.

Vorlage 17/6381

Vorsitzender Martin Börschel: Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen.

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6381 zu.

Vorlage 17/6382

Vorsitzender Martin Börschel: Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Ich möchte hier zumindest mal in Bezug auf die folgende Vorlage fragen: Jetzt sind wir ja da angekommen, dass jedes Ministerium für sich alleine die entsprechenden Beschaffungen vornimmt. Jetzt kommt eine Vorlage zu dem Schluss bis zu 5 Euro, und eine Vorlage spricht von 4,50 Euro. Mich würde jetzt interessieren, warum ein Ministerium es schafft, günstiger zu kaufen als ein anderes.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Da frage ich mal Herrn Staatssekretär: Soll evtl. Frau Ossowski antworten oder jemand anderes oder möchten Sie selbst?

StS Dr. Patrick Opdenhövel (FM): Ja, ich denke, es macht Sinn, dass die Ressorts dazu antworten.

Vorsitzender Martin Börschel: Habe ich Sie richtig identifiziert? Oder sind Sie gar nicht zuständig? Dann wäre es mir unangenehm. – Frau Ossowski.

MR'in Hanna Ossowski (IM): Tatsächlich bin ich nicht wirklich zuständig, aber ich kann trotzdem vielleicht die Frage an der Stelle beantworten.

Es ist ja nicht so, dass die Ressorts tatsächlich unterschiedliche Preise bezahlen, sondern jeder macht für sich aufgrund der dezentralen Verantwortung eine Marktschau, eine Recherche, und auf der Grundlage stellen die eine Prognose auf. Und dann werden halt die Verfahren ausgeschrieben, eingeleitet, und dann wird der Zuschlag erteilt. Natürlich kann es auch passieren im Rahmen der Zuschlagserteilung, dass dann unterschiedliche Preise für die Tests bezahlt werden. Das hängt aber auch damit zusammen, in welchem Umfang man die Tests braucht, welche Gebinde das sind, ob da Logistik bei ist oder nicht. Das sind alles Punkte, die natürlich eine Auswirkung auf den Preis haben.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. Es kommt ja gelegentlich vor, dass wir nicht mal Antworten kriegen, wenn man zuständig ist. Jetzt haben wir eine Antwort bekommen, auch wenn Sie nicht zuständig sind. Hier gibt es immer was Neues. – Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Zum einen bleibt es für uns trotzdem nicht nachvollziehbar, dass Ressorts andere Formen von Gebinden bestellen, dass gestückelt ausgeschrieben wird, was ja in der Regel nicht unbedingt zu Verbesserungen von Preisen führt und wirtschaftlich wird. Das ist alles schwer nachvollziehbar.

Ich möchte für beide Vorlagen noch mal nachfragen, ob denn bei der Ausschreibung an irgendeine Form von Qualitätskriterien gedacht wird. Wir stellen jetzt fest, dass die Qualität entsprechender Tests äußerst unterschiedlich sein kann. Und da ist die Frage, ob in irgendeiner Form zum Beispiel eine Mindestsensitivität bei mittlerer Virenlast oder dergleichen reingeschrieben wird, damit die Qualität solcher Tests dann auch sichergestellt ist.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Wenn Sie einverstanden sind, würde ich die Frage von Frau Kollegin Düker direkt mit dazu nehmen.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (FM): Sehr gerne. Und dann würde ich auch die jeweiligen Ressorts MWIDE und MKW – idealerweise dann zu beiden Vorlagen – bitten. Die kennen ihre Ausschreibungen besser als ich.

Vorsitzender Martin Börschel: Gut. Dann zunächst Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Es ist in der Tat nicht nachvollziehbar, auch jetzt nach dem, was wir gerade gehört haben, nicht, warum es hier zu diesen unterschiedlichen Preisen kommt.

Und ich will noch mal anmahnen, auch der Transparenz gegenüber dem HFA, der diese Mittel ja freigibt, dass man vielleicht auch in den Häusern einheitliche Standards der Berechnungsgrundlagen mal vereinbart. Das ist ja das, was wir hier immer wieder haben, dass manche Ressorts uns sehr transparent und nachvollziehbar Berechnungsgrundlagen mitliefern und andere nicht. Zum Beispiel ist jetzt hier für die Testung für das Ministerium für Wirtschaft noch mal genau aufgeführt, wie viele Beschäftigte, wie viele Testungen pro Tag, für wie lange. Die Stellungnahme aus dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft ist wieder ganz anders aufgebaut. Da erfolgen diese Herleitungen nicht so. Also, ich will nur anregen, vielleicht mal für alle Ressorts gerade bei diesen Tests – das werden wir ja jetzt häufiger haben –, wenn schon jedes Ressort jetzt das eigenständig macht, dass die Herleitung der Kosten dann in einer transparenten, einheitlichen Weise uns gegenüber dargestellt wird.

Vorsitzender Martin Börschel: Herr Staatssekretär, bitte.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (FM): Bevor, wie gesagt, die Ressorts ins Detail gehen: Frau Düker, Danke für die Anregung. Da können wir gerne mal ein Auge drauf haben, wie das in der Darstellung in Zukunft dann jeweils in den Ressorts aussieht. Ich gehe mal davon aus, dass alle im Zweifelsfalle in der Lage sind, zu sagen, wie sie zu den Berechnungen kommen. In Teilen vielleicht nicht ganz so ausführlich ist es allerdings auch beim MKW beschrieben, jetzt nicht personenscharf, aber doch, was die Testanzahl angeht.

Und zu dem anderen Punkt möchte ich schon noch einmal sagen ...

(Monika Düker [GRÜNE]: Ich will mal sagen: Dieser Bezug auf Vorlage XY und da noch die Vorlage davor, und davor hat man noch eine Vorlage, und da steht alles drin, und jetzt wollen wir es weiterführen, das meinte ich!)

StS Dr. Patrick Opdenhövel (FM): Okay, alles klar.

Ich möchte noch mal an das eben Gesagte anknüpfen. Bei den Ausschreibungen, bei unterschiedlichen Preisen geht es um Mengen, es geht – da hören wir vielleicht gleich noch etwas zu – auch um Qualitäten, es geht um Distributionsleistungen. Das ist natürlich in den Häusern unterschiedlich. Da kann ich nur das wiederholen, was gerade gesagt worden ist. Das ist dann beim Adressieren des Marktes unter Umständen unterschiedlich mit den Angeboten und den Preisen, die da aufgerufen werden. Diese ressortscharfe Bestellung hat natürlich dann den Vorteil anderweitig, dass man dann auch jeweils flexibel auf die Bedarfe reagieren kann und nicht vielleicht im Vorfeld vor-

sorglich Chargen bestellt, die dann irgendwann, weil sich das Testverhalten in irgend-einer Form verändert, nicht gebraucht werden. Die Möglichkeit, bedarfsgerecht über entsprechende Vorlagen zu bestellen, ist ja hier gegeben.

Insofern wollte ich nur noch mal ein Stück weit darauf hinweisen, dass eben dadurch eine Unterschiedlichkeit eines Preises durchaus zustande kommen kann.

Das soll es von meiner Seite gewesen sein, und dann können jetzt die beiden Ressorts ergänzen.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Herrn Derix habe ich schon gesehen. Er hat als erster das Wort.

LMR Frank Derix (MKW): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Für den Geschäftsbereich des MKW kann ich die Fragen wie folgt beantworten: Bis zum Ablauf des vergangenen Jahres haben die Einheiten in unserem Geschäftsbereich aus der zentralen Beschaffung heraus die Schnelltests abgerufen, sind in Vorleistung getreten. Wir haben die Kosten erstattet. Dieses Verfahren hat gut funktioniert. Dieses Erstattungsverfahren wollen wir deswegen auch in Absprache mit den Einheiten fortsetzen.

Wir haben einen sehr – ich sage mal – breitgefächerten Geschäftsbereich, also, die Einheiten, die jetzt hier Schnelltests beschaffen, das sind neben dem MKW selbst das Landesarchiv, die Hochschulen, die Volkshochschulen und auch die Zentralstelle für Fernunterricht. Also, das ist ein sehr breitgefächertes Geschäftsbereich. Diese Einheiten sehen sich in der Lage, die Beschaffung selbst durchzuführen, und haben auch entsprechende Vergabevermerke gemacht. In diesen Vergabevermerken teilen sie mit, dass sie von Kosten von bis zu 5 Euro ausgehen. Deswegen haben wir diesen Wert auch zugrunde gelegt.

Auf die Frage von Ihnen, Herr Abgeordneter Zimkeit, ob bei der Beschaffung der Tests – ich sage mal – auf den aktuellen Stand rekurriert wird, kann ich zum Beispiel aus einem mir vorliegenden Vergabevermerk zitieren. Da steht drin, dass der Vertrieb von Tests eingefordert wird, die auf der Testliste des Paul-Ehrlich-Instituts entsprechend gut eingestuft wurden. Das ist ausdrücklich in der Vergabe festgehalten. Das könnte ich von meiner Seite aus dazu sagen.

Vielleicht noch zu dem Aspekt der Bedarfsschätzung: Wir haben dementsprechend eine Bedarfsschätzung getätigt, die eine genaue Testanzahl zugrunde legt, die wir in Absprache mit den von uns vertretenen Einheiten auch jetzt für unsere Bedarfsschätzung zugrunde gelegt haben. Ich kann Ihnen die Zahl nennen. Es sind für den Zeitraum bis Juni 2022 3.076.492 Tests, die wir mit dem Faktor 5 Euro multipliziert haben. Wir haben dann die restlichen Mittel, die wir noch zur Verfügung haben, gegengerechnet, haben so die Bedarfsermittlung getätigt und sind zu dem Betrag gelangt, den wir Ihnen heute zur Zustimmung vorgelegt haben.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank, Herr Derix. – Dann hören wir gerade noch, wer etwas fürs MWIDE beizutragen hat. Bitte sehr.

ORR'in Eva Krüger (MWIDE): Wir haben den Durchschnittspreis anhand einer Markterkundung ermittelt, also was verfügbar ist am Markt, und bereiten eine Ausschreibung für unseren Geschäftsbereich entsprechend noch vor. Die ist also noch nicht veröffentlicht. Wir werden dann natürlich auch entsprechende Vorgaben aufnehmen, welche Kriterien diese Tests zu erfüllen haben. Also, wir möchten da auch das aktuelle Pandemiegeschehen und die Verfügbarkeit von Tests am Markt noch gerne beobachten.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Dann haben wir eine Nachfrage des Kollegen Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Ich mache es dann auch noch mal zumindest da, wo die Ausschreibung noch nicht fertig ist, als Appellfunktion. Wir halten es nicht für ausreichend, sich jetzt nur an der Liste Paul-Ehrlich-Institut zu orientieren, weil auch da sind ja die Qualitäten sehr unterschiedlich. Wir glauben schon, dass es Sinn macht für die Beschäftigten des Landes und darüber hinaus, durchaus qualitativ entsprechend gute Tests zu nehmen, die eine höhere Wirksamkeit haben. Und deswegen kann man nur noch mal appellieren – ich weiß nicht, ob es noch möglich ist –, in beiden Ausschreibungen entsprechende Qualitätskriterien darüber hinaus festzulegen.

Vorsitzender Martin Börschel: Danke sehr. – Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Erst einmal Danke für die Nachlieferung der Zahlen. Wie gesagt, perspektivisch wäre es gut, wenn das zur Nachvollziehbarkeit auch dann in der Vorlage steht. Habe ich das jetzt richtig verstanden, dass Sie mit der dreimaligen Testung Einrichtung der Weiterbildung, Nachholung von Schulabschlüssen und dann für Beschäftigte der Landesverwaltung zweimal – das ist ja Ihre Zielgruppe – auf 3 Millionen Tests kommen? War das richtig mit der Zahl? Das heißt, Sie zahlen für 3 Millionen Tests 5 Euro, und das MWIDE zahlt für 166.000 Tests 4,50 Euro. Das macht ja irgendwie keinen Sinn, dass es da, wo es mehr wird, teurer wird.

Vorsitzender Martin Börschel: Herr Derix bitte.

LMR Frank Derix (MKW): Ich würde gerne auf beide Aspekte noch mal eingehen wollen. Der erste Aspekt: Die Zahl 3 Millionen ist richtig, Frau Düker. Das ist die Zahl, die unserer Bedarfsschätzung zugrunde liegt. Die Bedarfsschätzung beruht darauf, dass die Einheiten bei uns selbst beschaffen, also die Hochschulen verfügen zum Beispiel bei entsprechend großen Verwaltungskörpern, dass sie in der Lage sind, solche Beschaffungen durchzuführen, und die haben einen Wert von bis zu 5 Euro zugrunde gelegt. Es müssen hinterher in der Beschaffung nicht 5 Euro werden. Die unterliegen auch dem Wirtschaftlichkeitsgrundsatz. Wenn sie günstigere Beschaffung erzielen und sich ein Marktpreis von 4,50 Euro oder 4 Euro erzielen lässt, dann wird der auch realisiert. Das wird so sein.

Zu der Frage von Ihnen, Herr Abgeordneter Zimkeit, wollte ich gerne noch mal etwas spezifischer zitieren aus dem mir vorliegenden Vergabebericht:

Es sollen Tests beschafft werden, die auf der Testliste des Paul-Ehrlich-Instituts besonders gut abgeschnitten haben.

Ich hoffe, dass das auch Ihrem Aspekt Rechnung trägt, den Sie gerade angesprochen haben.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. –

Sind damit alle Antworten, die die Landesregierung geben möchte, gegeben? – Gut.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimme der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6382 zu.

Vorlage 17/6383

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimme der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6383 zu.

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „Programm Neustart“ (s. Anlage 1)

Vorsitzender Martin Börschel: Hierzu Wortmeldungen? – Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Die Vorlage können wir zurückziehen, weil die Landesregierung dankenswerterweise nach Eingang unseres Antrags einen weitergehenden Vorschlag gemacht hat.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Dann ist dieser Vorschlag hiermit zurückgezogen.

Der Maßnahmenvorschlag wird zurückgezogen.

Vorlage 17/6441 und Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD (s. Anlage 2)

Vorsitzender Martin Börschel: Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Eine Nachfrage dazu. Ich habe versucht, das noch mal nachzuvollziehen hier mit den unterschiedlichen Programmen. Es wird ja etwas unübersichtlich, um es mal vorsichtig zu sagen. Also, wir haben jetzt das alte Sonderprogramm „Heimat“, was ja gewissermaßen nicht abgerufen wurde, dann „Neustart miteinander,

Version 1“, was ja auch nur sehr zögerlich abgerufen wurde. Und jetzt haben wir in c) das Soforthilfeprogramm „Zukunft Brauchtum“. Das ist jetzt in drei, vier dürren Zeilen als zusätzliches Soforthilfeprogramm auch für Brauchtumspflegende Vereine, also für dieselbe Zielgruppe nach meiner Lesart, das dritte Programm. Kann man da ein bisschen mehr zu sagen, welche Lücke das Programm jetzt füllt, was die anderen beiden nicht abdecken? Also, transparent finde ich das hier nicht hergeleitet.

Vorsitzender Martin Börschel: Danke. – Während die Regierung sich kurz noch ihre Antwort überlegt, habe ich erstens eine Wortmeldung des Kollegen Zimkeit und zweitens ein Versäumnis meinerseits zu korrigieren. Ich habe nämlich eine Seite zu weit umgeschlagen und aus Versehen den Maßgabenvorschlag der SPD-Fraktion zu dieser Vorlage überblättert. Das muss ich selbstkritisch so annehmen, also sagen, dass der selbstverständlich besteht und dann auch jetzt mit aufgerufen wird, nämlich auf Seite 2 im Abschnitt c) im zweiten Satz bestimmte Einfügungen vorzunehmen. Aber das wird Herr Kollege Zimkeit sicherlich gleich erläutern.

Dann zunächst Herr Kollege Zimkeit. Dann hat sich noch Herr Kollege Klenner gemeldet. Oder möchte die Regierung sofort antworten? – Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich will das kurz zusammen aufgreifen.

Erstens wäre es für uns noch mal wichtig: Also, wir halten die Erweiterungen bei „Neustart miteinander“ – Fristverlängerung hatten wir ja selbst beantragt – und die Erweiterung der Finanzmittel durchaus für sachgerecht. Ich hätte trotzdem gerne eine Einschätzung der Landesregierung – bisher lief dieses Programm ja gar nicht –, ob sie die Änderungen des Programms für ausreichend hält, um einen entsprechend besseren Abfluss zu organisieren, weil wir uns sicher aller einig sind, dass Vereine eine Unterstützung brauchen.

Unser eigener Vorschlag dazu bezieht sich dann auf den Teil c) eines zusätzlichen Programmes, was hier „Zukunft Brauchtum“ heißt. Die SPD-Fraktion hatte ja in der letzten Sitzung einen entsprechenden Antrag hier eingebracht, der sicherstellt, dass Vereinen, die jetzt in der Pandemie Veranstaltungen absagen, die daraus entstehenden Kosten erstattet werden. Dieser Antrag ist abgelehnt worden und lebt hier jetzt zumindest im Anliegen teilweise wieder auf. Mein Kollege Weske meinte schon, dass wir vielleicht bei der Frage des Patentes jetzt noch mal etwas unternehmen sollten. Aber das muss nicht sein, wenn wir uns denn hier vernünftig einigen können.

Was beim Bereich c) uns jetzt unter anderem insbesondere unklar ist: Hier wird jetzt nur von „Brauchtumspflegenden Vereinen“ geredet, während es in b) Sofortprogramm „Heimat“ um gemeinnützige und vergleichbare Vereine geht, also Brauchtum und alle anderen, Kultur, Soziales, Sport und dergleichen. Wir halten es für unabdingbar nötig, dass jetzt alle gemeinnützigen Vereine, die in der Pandemie Veranstaltungen absagen, diese Kosten erstattet kriegen, und wir das nicht auf einen bestimmten Teil der Vereine reduzieren, also analog des Sonderprogramms „Heimat“.

Insofern ist uns das in c) nicht deutlich geworden. Deswegen haben wir schlicht und einfach den Vorschlag gemacht, dort ergänzend zu Brauchtumspflegenden Vereinen gemeinnützige Vereine aufzunehmen, damit für alle Bereiche sichergestellt ist, dass das gilt, weil wir hier eine Aufspaltung der Vereine in Brauchtumspflegende und andere für wenig sinnvoll oder – besser gesagt – für absolut unsinnig halten.

Sollten jetzt nicht auch andere gemeinnützige Vereine mit c) (*akustisch unverständlich*), hätten wir dann im Nachgang noch einige Fragen, was denn genau Brauchtumspflegende Vereine alles sind. Ich frage mal nach. Für mich persönlich: Bei mir hat eine Musikinitiative jetzt ein Rockkonzert abgesagt. Das ist für mich auch eine gelungene Form des Brauchtums, nicht die Absage, sondern die Veranstaltung. Ich glaube, wir sollten uns alle gemeinsam nicht in diese Situation bringen, solche Fragen zu diskutieren und aufzunehmen, sondern gemeinsam alle gemeinnützigen Vereine in ihrer schwierigen Situation unterstützen.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Herr Kollege Klenner.

Jochen Klenner (CDU): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal stelle ich erfreut fest, dass es eine große Einigkeit bei den Programmen gibt. Im Detail kann man unterschiedlicher Auffassung sein.

Zunächst einmal zum Thema „Abfluss“, um es noch mal klarzustellen: Wir haben gemeinsam das Programm auf den Weg gebracht in der anderen Pandemielage in der Hoffnung damals, dass eben im Sommer, Herbst dann auch wieder Veranstaltungen möglich sind, ein Neustart, wie der Begriff eben auch schon sagt. Das hat weniger mit der Ausgestaltung des Programms zu tun, dass jetzt die Abflüsse geringer sind, sondern wie wir alle wissen, ein paar Feste haben stattfinden können im August, September, wo Dinge waren, wo auch Geld geflossen ist. Dann gab es weitere Pläne. Wir haben es damals schon so ausgestaltet, dass es zum Beispiel auch für Karnevalsveranstaltungen funktioniert hätte. Da haben wir jetzt einige Absagen, wo Geld fließt. Da ist aber sozusagen der geringe Mittelabfluss wirklich auf die Pandemielage zurückzuführen. Da geht es weniger um die Ausgestaltung. Und jetzt geht es darum – das ist die gemeinsame Hoffnung, die wir haben –, dass vielleicht dann jetzt ein Neustart möglich ist, wenn die Pandemielage sich verbessert in Richtung Sommer.

Jetzt versuche ich mal, die beiden Wortmeldungen von Frau Kollegin Düker und Herrn Zimkeit zusammenzubringen, was mir etwas schwerfällt. Frau Düker mahnt ja an wie oft bei diesen Programmen, dass Sie es etwas zielgerichteter haben wollen, und direkt danach kommt Kollege Zimkeit und sagt, wir verteilen an alle.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wir dürfen durchaus unterschiedlicher Meinung sein! Das ist nicht wie bei Ihnen, dass Sie alles machen müssen, was die FDP sagt!)

– Es fällt mir schwer, das zusammenzubringen. Ich versuche, zu helfen.

Das Problem ist, Herr Zimkeit, wenn Sie immer mit der Gießkanne verteilen, dann sind nachher alle auf dem Trocken. Also, wir erleben gerade beim Karneval, dass die ersten Probleme haben bei den Hilfsmaßnahmen des Bundes, dass die rausfallen, weil man

denen sagt – meine eigene Stadt ist betroffen –: Ihr habt ja vorsorglich abgesagt, ihr habt euch vorher nicht registriert, ihr könnt jetzt kein Geld bekommen. – Vielleicht helfen Sie da mal gemeinsam mit Ihren Kollegen in der Bundesregierung, wo Sie ja vielleicht gute Zugänge haben.

Beim Thema „Brauchtum“ kann ich Ihnen schon ein Stück weit helfen. Bei dem Thema sind wir klar dafür, zu sagen, das eigene Programm zu machen. Wie kann man sich dem nähern? Beim Brauchtum sind es bestimmte Termine. Sie haben das Musikkonzert genannt. In der Praxis verstehe ich nicht ganz, was Sie meinen. Ich kenne kaum Musikkonzerte, die geplant worden sind angesichts dieser Pandemielage. Die sind vorsorglich verschoben worden. Man hat gesagt: Okay, wir machen das im Frühjahr, Sommer. – Im Karneval mal eben feststehende Termine zu verschieben, da wissen Sie, wie schwer das ist. Sie können ja die Düsseldorfer Debatten in den Lokalzeitungen nachlesen, ob man den Rosenmontagszug einfach in den Sommer verschiebt. Daraus ergibt sich doch klar, dass ein Brauchtum Schwierigkeiten hat, die deshalb mit den Terminen geplant haben. Genauso ist es auch bei Schützenvereinen. Wenn Sie sich damit mal beschäftigen würden, dann wüssten Sie ja, dass die Termine nicht einfach ins Blaue hinein geplant sind, sondern dass die zusammenhängen mit Festtagen, dass die zusammenhängen mit den Kirchweihagen. Wenn Sie das nicht wissen, können Sie das gerne mal nachholen, dann hätten Sie auch nicht so eine Frage gestellt, wie sich Brauchtum definiert.

Also, an der Stelle ist die Antwort ziemlich klar: Das ist jetzt mal ganz zielgerichtet für Vereine, wo gerade die Probleme sind. Wir haben immer, und zwar auch gemeinsam, Wege gefunden, wenn wir andere bestimmte Bereiche haben, wo wir helfen müssen. Das kann ich hier aber nicht so klar erkennen. Insofern ist es richtig, das an der Stelle zielgerichtet zu machen. Von daher sind wir froh, dass die entsprechende Erweiterung da drin ist.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Dann zunächst Herr Staatssekretär? – Bitte.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (FM): Zu der grundsätzlichen Frage, ob wir der Meinung sind, dass damit alles getan wird, was zu tun ist, würde ich vom Grundsatz her sagen: Ja. Der ganze Prozess der Pandemie zeigt aber, dass man auch schlauer werden kann. Diese Anpassungen, die jetzt beispielsweise im Neustart-Programm vorgenommen werden, die wir ja auch, wenn ich Ihre Initiative ansehe und das, was jetzt vorgelegt worden ist, von der Zielsetzung her gleichbetrachten, sind sicherlich etwas, was wiederum den Anforderungen, den Notwendigkeiten, die gesehen werden, Rechnung trägt. Sofern es da Entwicklungen gibt, werden wir die auch in Zukunft selbstverständlich aufgreifen.

Was jetzt die einzelnen Spezifika angeht, da würde ich dann tendenziell lieber das MHKBG antworten lassen, um sozusagen die drei Programme auseinanderzufieseln, und dann gegebenenfalls auch noch die eine oder andere Ergänzung zu dem neuen Programm „Soforthilfeprogramm ‚Zukunft Brauchtum‘“, warum es so angelegt ist oder angedacht ist, wie es angedacht ist, liefern.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Dann hören wir noch, was das MHKBG beizutragen hat. – Wer macht es?

RL Christoph Meinerz (MHKBG): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich versuche kurz, die drei Programme zu skizzieren.

Das Soforthilfeprogramm „Neustart miteinander“ ist, wie schon gesagt, eine Initiative des Landtags, um den Vereinen Mut zu machen, wieder Veranstaltungen zu organisieren.

Das Sonderprogramm „Heimat“ ist zur Existenzsicherung von Vereinen, die infolge der Coronapandemie laufende Kosten nicht mehr zahlen können und daher Liquiditätsengpässe haben, die sie aus eigenen Mitteln nicht schließen können. Über dieses Programm sind bisher etwas mehr als 300 Vereine in ihrer Existenz gesichert worden. Da die Pandemie weitergeht, wird es auch noch einige Vereine geben, die ohne Hilfe des Landes in ihrer Existenz nicht überleben können.

Beim dritten Programm – darüber ist ja schon gesprochen worden – geht es aufgrund der aktuellen Situation im Brauchtum darum, diejenigen Vereine zu unterstützen, die aus eigener Verantwortung coronabedingt ihre Veranstaltungen absagen und dafür ihre Kostenerstattung bekommen. Das wird über die beiden vorgenannten Programme nicht abgedeckt.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank, Herr Meinerz.

Kurzer Regiehinweis: Weil selbstverständlich die Damen und Herren Sachverständigen zur nächsten Sitzung schon alle pünktlich zu uns gekommen sind – im Stream oder auch persönlich hier in den Saal –, würde ich, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, jetzt noch diese Vorlage mit dem Maßgabenvorschlag abarbeiten und dann die 98. Sitzung des HFA insoweit unterbrechen, damit Sie dann Platz nehmen können. Dann machen wir eine kurze Umbaupause, weil insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, glaube ich, dann noch für die Sachverständigen ihre Plätze räumen müssen.

Zunächst aber Herr Kollege Zimkeit, bitte.

(Jochen Klenner [CDU] meldet sich zur Geschäftsordnung.)

– Das ist jetzt ein Beitrag zur Geschäftsordnung. Herr Kollege Klenner, bitte.

Jochen Klenner (CDU): Ich will nur mal ganz kurz. Absolut in Ordnung, wenn wir so verfahren. Ich möchte auch niemanden warten lassen. Aber wir haben den ganzen Raum natürlich voll von Vertretern der Ministerien, die vielleicht auch zu den Vorlagen was sagen. Vielleicht könnten wir abfragen, ob es Vorlagen gibt, wo es gar keinen großen Gesprächsbedarf gibt. Dann könnten wir da nämlich die Kollegen schon ... Einfach als Vorschlag, weil die müssen ja alle die Anhörung dann abwarten. Aus meiner Sicht gibt es vielleicht Vorlagen, wo kein großer Gesprächsbedarf ist. Einfach nur als Versuch, ohne es in die Länge zu ziehen und auch ohne Ihnen widersprechen zu

wollen, aber vielleicht können wir hier gemeinsam gucken, wo überhaupt noch Gesprächsbedarf ist.

Vorsitzender Martin Börschel: Widerspruch belebt ja das Geschäft. Darüber freue ich mich. Aber jetzt lassen wir erst einmal den Kollegen Zimkeit dran. Frau Kollegin Düker hat auch noch eine Frage. Mein Eindruck zumindest aus der Anmoderation vorhin war, dass Ihr Vorschlag sehr ehrenwert ist, aber vermutlich ins Leere führt. Aber wir werden das feststellen. – Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Wenn wir dem Vorschlag von Frau Düker folgen, dass wir die Vorlage zum Abschluss noch diskutieren wollen, dann müssen die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, die dafür zuständig sind, auch anwesend sein, weil sonst macht es keinen Sinn.

Ich wollte aber inhaltlich noch mal jetzt zu den Aussagen was sagen.

Es ist ja die Gemeinsamkeit der CDU betont worden. Wir haben gemeinsam hier beschlossen, ein vorgelegtes Programm, das sich nur auf Brauchtum bezogen hat, auf alle gemeinnützigen Vereine zu erweitern. Das ist der einzige Vorschlag der SPD-Fraktion, den die Koalitionsfraktionen auf Bitten des damals anwesenden Finanzministers angenommen hat, der einzige von mehreren Dutzend.

Und jetzt geht es um die gleiche Frage. Sie sagen jetzt bei dem einen Bereich einerseits, wir würden mit der Gießkanne rumlaufen, andererseits sagen Sie, das Problem würde nicht bestehen. Da ist ein Widerspruch. Also, entweder gibt es ganz viele, dann kann man vielleicht von Gießkanne reden, was ich trotzdem für unangebracht halte, oder es gibt kaum welche, dann kann das überhaupt nicht das Problem sein.

Wir haben beim letzten Mal – Sie unterstellen uns hier, wir hätten keine Ahnung von Brauchtum, Schützenfeste und Karneval – einen entsprechenden Antrag hier eingebracht, der sich ausdrücklich darauf bezog. Den haben Sie abgelehnt. Da wären wir jetzt schon weiter, und die Vereine wären schon weiter. Insofern weise ich solche Unterstellungen zurück.

Es gibt aber auch andere, die an Termine gebunden sind. Es gibt Jubiläumsveranstaltungen von gemeinnützigen Vereinen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt festgelegt sind.

(Zuruf von Jochen Klenner [CDU])

– Gibt es nicht. Das scheint bei Ihnen so zu sein.

Wir wollen schlicht und einfach, dass alle, die das gleiche Problem haben, gleichbehandelt werden. Sie spalten die Vereine in gute, die Brauchtum machen, und schlechte, die im anderen Bereich sind, die dann nicht unterstützt werden sollen. Das halten wir für falsch und unangemessen. Deswegen bitte ich Sie noch mal – leider ist der Finanzminister nicht da, der letztes Mal an Sie appelliert hat, bei dem gleichen Sachverhalt –, das zu erweitern und zu sagen, wir machen nicht nur Brauchtum, sondern alle gemeinnützigen. Da konnten wir das gemeinsam hier beschließen, weil es schlicht und einfach vernünftig ist. Handeln Sie doch jetzt genauso. Oder, wenn Sie

wieder dabei bleiben, zu sagen: „Da steht SPD drüber, das lehnen wir ab“, hören Sie endlich auf, von Gemeinsamkeiten zu reden.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Ich würde gern zum Verfahren noch was sagen. Also, erst einmal von der Zeitschiene her: Es war klar, dass die halbe Stunde sehr sportlich angesetzt war.

Ich will es noch mal ausdrücklich sagen: Wenn wir hier andere Vorlagen hätten, die die Dinge etwas besser darstellen würden, würde es auch schneller gehen. Also, es sind ja auch sehr viele Nachfragen, weil die Vorlagen dementsprechend sind. Das will ich nur noch mal fürs Protokoll zum wiederholten Male sagen.

Mein Verfahrensvorschlag vor dem Hintergrund ist, jetzt zu überlegen, ob wir nach dieser Vorlage einen Cut machen und dann, weil ich in der Tat auch an einer Debatte im Ausschuss über die Querliste interessiert bin – das ist ja hier eine wichtige Debatte –, das Ganze in die Plenarsitzung im März schieben, also dass wir heute die Vorlage in die März-Sitzung schieben und dann aber auch die Plenumsbefassung, denn das baut für mich aufeinander auf. Wir haben jetzt 10:10 Uhr. Ich würde mal sagen, mit den Nachfragen, die auch bei mir jetzt auf dem Zettel stehen, werden wir das mit der Anhörung heute – ich bin und auch die Kollegen sind wahrscheinlich nach hinten befristet – nicht mehr schaffen, realistisch betrachtet. Auch hier hatte ich in der letzten Sitzung angeregt, dass man die Fragen ja antizipieren kann, die wir zur Querliste haben. Die Differenzen, beendete Programme, die nicht verausgabt sind, warum, das ist nicht mitgeliefert worden. Das heißt, ich habe natürlich jetzt auf meinem Zettel fünf bis sechs Nachfragen, aber es hätte auch nicht sein müssen, weil man es hätte auch direkt in die Vorlage schreiben können. Das ist mein Unmut. Aber darunter sollten nicht die Sachverständigen leiden. Deswegen würde ich sagen, das in die März-Sitzung zu schieben mit der Querliste. Bei den folgenden Vorlagen, ausgehend von der Anregung von Herrn Klenner, die schnell durchzustimmen, haben wir keine Fragen mehr an die Ministerien, und die könnten wir heute noch abarbeiten, aber nicht die Querliste.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Ich will nur darauf hinweisen: Wenn jetzt immer neue Verfahrensvorschläge kommen, geht es jedenfalls nicht schneller.

Herr Kollege Klenner. Danach mache ich meinen Vorschlag, und dann stimmen wir den ab. Wenn Sie andere Vorschläge haben, stimmen wir die auch ab.

Jochen Klenner (CDU): Ich will nur ganz kurz, lieber Herr Vorsitzender. Lieber Kollege Zimkeit, Gleiches gleichbehandeln. Damit zeigen Sie, dass Sie es nicht verstanden haben. Es ist eben nicht gleich, worüber wir gerade reden. Ich finde es auch komisch. Ihr eigener Fraktionsvorsitzender hat sich wirklich wochenlang hingestellt und Sonderhilfen für den Karneval gefordert, sich draußen dafür feiern lassen, wie sehr er da dran ist. Und Sie sagen jetzt: Das ist ja gar kein besonderes Problem, was der Karneval hat. Da muss man doch alle gleichbehandeln. Der Karneval ist doch gar nicht

besonders stark betroffen. – Sie widersprechen ja gerade Herrn Kutschaty an der Stelle. Deshalb ist es nach wie vor richtig, was wir gesagt haben. Da kommen wir halt an der Stelle nicht zusammen.

Im Übrigen ist es auch nicht ganz fair, wie Sie es ausdrücken. Das Programm „Neustart miteinander“ bleibt ja auch weiter im Zugang für die anderen Vereine da. Das heißt, wenn da jemand eine Veranstaltung geplant hat, die er jetzt absagen muss, mit dem Programm „Neustart miteinander“ – das haben wir noch mal gehört – steht das nach wie vor allen Vereinen offen, auch den Musikvereinen, die Sie genannt haben.

Viele Menschen mussten ihre Geburtstagsfreier verschieben, ihre Jubiläumsfeier im Betrieb verschieben, konnten nicht an dem Tag feiern, als das war. Das machen viele Vereine so, die vielleicht die Jubiläumsfeier sogar ins andere Jahr geschoben haben. Beim Brauchtum, wenn man das ernst nimmt, ist es schwerer, einen feststehenden Termin, einen Rosenmontagsumzug zu verschieben, ein Kirchweihfest. Wenn Sie das nicht verstehen, ist es so. Das zeigt mir aber, dass Sie vielleicht wirklich beim Thema „Brauchtum“ noch mal mit ein paar Leuten sprechen sollten.

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss den Maßgabenvorschlag der SPD (s. *Anlage 2*) ab.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Spalter!)

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6441 zu.

Vorsitzender Martin Börschel: Wir können jetzt verabreden, unsere 98. Sitzung jetzt zu unterbrechen. Die Damen und Herren von den Ministerien machen sicherlich nichts falsch, wenn sie in etwa zwei Stunden wieder zu uns stoßen und die Zwischenzeit so nutzen, wie sie das mögen. Und dann schauen wir mal, wie weit wir dann gekommen sind. Und dann wird nach der Anhörung die 98. Sitzung des HFA wieder aufgerufen. Alternativ können wir über den Vorschlag von Frau Kollegin Düker abstimmen, die jetzt noch nicht unterbrechen möchte, die, wenn ich das richtig verstanden habe, alle Maßnahmenvorschläge abstimmen will und nur die Querliste dann in eine nächste HFA-Sitzung vertagen will.

(Monika Düker [GRÜNE]: Weil ich keine Nachfragen habe! Aber wenn andere Kollegen Nachfragen haben!)

– Ich rufe hier alles auf, was gewünscht ist.

Also, wir haben einen Vorschlag noch von Herrn Strotebeck.

Herbert Strotebeck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Das ist kein Vorschlag. Wir schließen uns dem Vorschlag von Frau Düker an. Wir halten ihn für gut.

Vorsitzender Martin Börschel: Das heißt, wir würden dann jetzt noch weitere Abstimmungen vornehmen. So ist das gedacht. – Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Punkt 1: Wir haben für das nächste Plenum den Bericht beantragt, und wir möchten den da auch debattieren, also kann man den im März dann noch ...

(Zuruf)

– Nein, wir schieben nicht in den März.

Punkt 2: Ich glaube, wir sollten hier dringlich unterbrechen. Die Kolleginnen und Kollegen, die wir eingeladen haben, warten jetzt schon eine Viertelstunde. Ich finde, das sollten wir jetzt nicht weiter in die Länge ziehen. Deswegen bin ich jetzt für eine Unterbrechung der Sitzung und Fortsetzung nach der Anhörung.

Vorsitzender Martin Börschel: Gut. Aber mir bleibt nichts anderes übrig, als das abstimmen zu lassen, was hier übermittelt wird. Fakt ist nur, dass wir zumindest die Querliste dann, wenn Sie die diskutieren wollen mit Blick auf das Februar-Plenum, heute behandeln müssten, denn es gibt nun mal einen Plenarantrag, respektive eine vorgesehene Tagesordnung. Die können wir ja nicht ändern, sondern nur der Ältestenrat.

Also, es gibt jetzt den Vorschlag, weitere Maßnahmenvorschläge abzustimmen und zu behandeln und noch nicht zu unterbrechen.

Mit den Stimmen von CDU, FDP, Grünen und AfD sowie gegen die Stimmen der SPD beschließt der Ausschuss, die Arbeitssitzung fortzusetzen.

Vorsitzender Martin Börschel: Dann machen wir weiter. Ich sage das an die Damen und Herren Sachverständigen mit meinem ausdrücklichen Ausdruck des Bedauerns.

Vorlage 17/6442

Vorsitzender Martin Börschel: Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Das tut mir jetzt leid, aber ich bin jetzt nicht bereit angesichts dieses Beschlusses, auf meine Anmerkungen, gegebenenfalls Nachfragen zu verzichten. Ich werde sie aber kürzen.

Ich will hier nur anmerken: Diesmal steht ja das Patent nicht uns zu, sondern den Grünen, die das mit unserer Unterstützung beim letzten Mal vorgebracht haben. Damals hatte ich vorhergesagt, dass eine ähnliche Vorlage mit ein paar Änderungen kommen wird, weil man wieder nicht bereit ist, einen Vorschlag aus der Opposition aufzugreifen. So ist es jetzt wieder gekommen. Es kommt wieder zu Verzögerungen für die Betroffenen. Ich finde es schlicht und einfach nicht in Ordnung, wenn man hier ständig Vorschläge aus der Opposition aufnimmt und die dann kurz später in einem anderen Gewand inhaltlich wieder einbringt und dann zustimmt.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Dann Herr Kollege Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Herr Kollege, ich muss Ihnen da widersprechen. Es ist so, dass wir schon beim letzten Mal angekündigt hatten und auch der Finanzminister, hier ein Programm für die Kulturschaffenden entsprechend aufzulegen. Es ist aber notwendig, so ein Programm auch vernünftig vorzubereiten. Dazu gehört auch, die wesentlichen finanziellen Eckpunkte abzusichern. Das war bei dem damaligen Antrag, den wir ablehnen mussten, weil eben diese Punkte nicht drin waren, nicht so, aber wir hatten ja schon damals signalisiert, dass wir mit der Grundidee durchaus einverstanden sind, aber das seitens der Landesregierung auch vorbereitet werden muss. Wir freuen uns sehr und sind sehr dankbar auch im Namen der Kulturschaffenden, dass wir heute dieses Programm haben. NRW hat damit weiterhin eine Sonderrolle im Umgang mit den Kulturschaffenden. Das hat kein anderes Bundesland geschafft und leider auch nicht die alte und die neue Bundesregierung. Deshalb bitte ich hier um breite Zustimmung für die Kulturschaffenden zu diesem Punkt.

Vorsitzender Martin Börschel: Danke sehr. – Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Ich hatte ja den Vorschlag gemacht, weil ich dachte, das ist jetzt in drei Minuten erledigt. Sorry an die Sachverständigen. Ich dachte, es geht schnell.

Herr Petelkau, ich wollte es einfach durchstimmen und mich nicht melden. Aber es ist wirklich ein bisschen schade, wie Sie es jetzt darstellen. Natürlich haben Sie vor drei Wochen nicht gesagt, dass das in Arbeit ist. Sie haben unseren Antrag abgelehnt mit der Begründung, dass Sie schon genug machen.

Warum geht es nicht? Ich finde es ein bisschen schade. Vielleicht nur der Satz: Danke für den Anstoß aus der Opposition. Das hat uns in der Koalition geholfen, dieses Programm auch fortzusetzen. – Irgendwas Wertschätzendes mal, irgendwie auch mal die Relevanz der Opposition hier zur Kenntnis nehmen – das würde dem Ganzen, glaube ich, gut tun, als sich jetzt um das Urheberrecht zu streiten. Das ist doch völlig absurd. Es gibt kein Urheberrecht in der Politik. Aber vielleicht kann man ja die Gemeinsamkeit hier betonen und nicht sagen: Wir haben es vor drei Wochen ja schon gewollt, und das ist eigentlich unser. – Dies wird dem Thema einfach nicht gerecht. Vielleicht ein bisschen wertschätzender, dass das hier gemeinsam auf den Weg gebracht wurde und die Opposition vielleicht auch einen kleinen Schubs gegeben hat, dass Sie sich in der Koalition gegenüber dem Finanzminister auch besser durchsetzen konnten. Das wäre vielleicht etwas ehrlicher. Ich finde es schade, dass das nicht geht.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6442 zu.

Vorlage 17/6443

Vorsitzender Martin Börschel: Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Keine.

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6443 zu.

Vorlage 17/6444

Vorsitzender Martin Börschel: Hier sei auf die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW verwiesen. Gibt es Wortmeldungen? – Keine.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie bei Enthaltung der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6444 zu.

Vorlage 17/6445

Vorsitzender Martin Börschel: Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Keine.

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6445 zu.

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „Mensen“ (s. Anlage 3)

Vorsitzender Martin Börschel: Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Ich frage jetzt noch mal – das wird jetzt ein bisschen Diskussion auslösen –, ob wir nicht doch lieber unterbrechen sollen.

(Zurufe: Wir haben abgestimmt!)

– Gut, dann bleibt man dabei. Dann muss ich jetzt leider etwas ...

(Jochen Klenner [CDU]: Sind Ihnen die Schulen nicht wichtig? – Gegenruf von Markus Herbert Weske [SPD]: Quatsch doch nicht immer dazwischen, dann geht das hier auch mal vorbei!)

– Tue ich jetzt auch. Ich verstehe Ihre hysterische Nervosität gar nicht. Eigentlich verstehe ich sie ja doch, weil Sie ja jetzt wieder etwas tun werden, was wir schon öfter erlebt haben und was gegen die Interessen der Schulen ist.

Ich bitte, jetzt keine gesamtideologische Debatte über Luftfiltergeräte hier zu führen. Die haben wir ausführlich geführt. Wir sind weiter der Auffassung, dass wir für alle Klassenräume und für alle Kitas, die dies wollen, entsprechende Geräte anschaffen

müssen, um das Gesundheitsrisiko zu minimieren. Das ist ja hier mehrmals abgelehnt worden.

Jetzt geht es aber um ein sehr spezifisches Problem, was noch mal sehr eindringlich an uns herangetragen worden ist, nämlich die besondere Situation in Mensen an Schulen. Hier ist vollkommen klar, das mit dem Durchlüften ist sehr schwierig, noch schwieriger als in Klassenräumen, weil in warmer Kleidung das Essen zu sich zu nehmen, ist nicht einfach. Insbesondere wenn man damit auch noch pädagogische Ansprüche verbindet, ist das ein Problem.

Ein noch größeres und logisches Problem ist, dass das Maskentragen in Mensen beim Essen ebenfalls nicht möglich ist. Das erhöht die gesundheitliche Problematik, die Gefahren, die damit verbunden sind, erheblich.

Deswegen sind wir noch mal eindringlich darum gebeten worden, die entsprechende Zweckerweiterung hier vorzunehmen und zumindest für diesen Bereich eine Ausnahme zu machen von der bisherigen Regelung, dass gelüftete Räume nicht mit Luftfiltergeräten ausgestattet werden dürfen bzw. dass das nicht finanziert wird. Diese Erweiterung ist vorzunehmen, weil es einfach sachgerecht ist.

Ich bitte jetzt schlicht und einfach darum, es jetzt nicht wieder bei der ideologischen Ablehnung dieser Geräte zu belassen, sondern diese spezielle Problematik hier aufzugreifen und den Anregungen aus dem Schulbereich, insbesondere aus dem Bereich der Offenen Ganztagsgrundschulen, zu folgen.

Vorsitzender Martin Börschel: Danke, Herr Zimkeit. – Herr Kollege Klenner.

Jochen Klenner (CDU): Herr Kollege Zimkeit, wir haben es auch beim Thema „Luftfilter“, ob sie jetzt in Mensen stehen oder in Klassenräumen, nach wie vor mit einem Bundesprogramm zu tun. Jetzt frage ich mich, wenn doch der Bundesgesundheitsminister aus Nordrhein-Westfalen stammt, warum denn all Ihre Argumente, die Sie hier vortragen, nicht dazu führen, dass das Bundesprogramm geändert wird. Oder ist das dann ein Nordrhein-Westfalen-spezifisches Problem, was Sie hier gerade beschreiben, was wir eben dann alleine lösen müssen? Warum ist das, was angeblich so klar ist, dann bei Ihrem Kollegen Lauterbach nicht so klar? Welche Initiativen starten Sie denn da? Das ist doch die Antwort, die wir zu dem Programm auch an anderer Stelle schon gegeben haben.

(Zuruf)

– Es ist ein Bundesprogramm. Und da sind doch auch die Kriterien festgelegt worden, wie es umgesetzt wird. Hören Sie doch bitte auf, den Eindruck zu erwecken, dass der Landtag hier irgendetwas nicht macht. Fangen Sie doch bitte an der eigenen Stelle an. Warum landen Sie denn angeblich mit Ihren Argumenten dann dort nicht?

Vorsitzender Martin Börschel: Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Entschuldigung, es gibt ein Landesprogramm für die Anschaffung der Luftfilter beim Ministerium für Heimat und Kommunales. Und darüber reden wir hier, ein Landesprogramm. Dabei zu versuchen, die Verantwortung jetzt an den Bundesgesundheitsminister abzuschieben, ist schon bemerkenswert, weil ich dachte, bezüglich Schulangelegenheiten gibt es eine besondere Verantwortung des Landes. Also, diese Begründung ist jetzt an Absurdität nicht mehr zu überbieten. Es gibt ein Landesprogramm. Das fördert Maßnahmen nur in Räumlichkeiten, die nicht gelüftet werden können. Der Abfluss ist auch nicht so besonders gut. Wir wollen dieses Landesprogramm um die hier genannte Zweckbindung erweitern. Wie man da jetzt eine Verantwortung beim Bund sehen kann,

(Jochen Klenner [CDU]: Gleiches gleichbehandeln!)

nachdem man erst seit Kurzem in der Opposition ist und dem vorher auch nicht gerecht geworden ist, ist absolut nicht nachvollziehbar und bedeutet, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit so wichtigen Forderungen hier augenscheinlich gar nicht stattfindet.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Weitere Meldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Maßnahmenvorschlag der SPD-Fraktion.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD (s. *Anlage 3*) ab.

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „Brauereien“ (s. *Anlage 4*)

Vorsitzender Martin Börschel: Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Die CDU-Fraktion hat ja entsprechende Gespräche mit den mittelständischen Brauereien in Nordrhein-Westfalen geführt und diesen in Aussicht gestellt, sie zu unterstützen. So berichten zumindest die Betroffenen.

Wir haben hier jetzt den entsprechenden Vorschlag zur Unterstützung vorgelegt. Es gibt hier eine besondere Situation, weil diese mittelständischen Brauereien eben auch wegen Absage von Veranstaltungen, von Karneval und wegen Gastronomie einen besonderen Einbruch zu verzeichnen haben und es eine Verschiebung gibt hin zum Flaschenbier der großen Brauereien, die entsprechend höhere Einnahmen haben. Hier gibt es existenzgefährdende Hinweise.

Es gab dann wohl eine Diskussion darüber, dass die Landesregierung nur bestimmten Branchen nicht helfen will. Da haben wir aber auch schon Ausnahmen gemacht, zum Beispiel im Bereich Film und Kino. Insofern ist das auch hier eine besondere Situation, auf die wir gemeinsam reagieren sollten. Deswegen dieser Vorschlag hier.

Sollte es noch Abstimmungsbedarf zwischen Koalitionsfraktionen und Regierung geben wegen laufender Diskussionen, bieten wir ausdrücklich an, einen solchen Antrag dann in der nächsten Sitzung – möglicherweise in veränderter Form – gemeinsam einzubringen, weil es hier schlicht und einfach darum geht, einer besonders betroffenen Branche Hilfestellung zu leisten.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Herr Kollege Klenner.

Jochen Klenner (CDU): Herr Kollege Zimkeit, selbstverständlich können wir Ihrem Vorschlag gerne folgen. Wenn Sie heute noch nicht genug – zumindest für uns nicht genug – Argumente vorgebracht haben, warum wir Ihrem Vorschlag folgen sollen, wenn Sie das noch mal anreichern können, dann können Sie das gerne heute in die nächste Sitzung schieben. Dann lehnen wir ihn heute gerne nicht ab. Dann können Sie ja beim nächsten Mal versuchen, noch mehr darzulegen. Da machen wir gerne mit.

Ich will noch mal erläutern: Sie haben gesagt, Gespräche geführt. Ja, aber nicht nur das. Es gab ja die Länderinitiative, wo eben auch schon geholfen worden ist, nämlich bei der Biersteuer, die übrigens im Aufkommen bei den Ländern landet. Also, als Land tun wir ja bereits etwas für die Brauereien. Es ist im Bund dann natürlich gemeinsam gemacht worden. Jetzt kann ich zumindest in Ihren bisherigen Ausführungen ... Wie gesagt, Sie können es ja bis zur nächsten Sitzung noch mal versuchen, darzulegen, wo jetzt das besondere Problem ist, wo die anderen Hilfen für Firmen nicht greifen, warum das in der Branche jetzt so ist und dann die Sachen nicht funktionieren. Sie haben dazu gerade nichts gesagt. Wie gesagt, wenn Sie das in der nächsten Sitzung machen, können wir eben gerne das heute schieben und dann beim nächsten Mal darüber abstimmen.

Vorsitzender Martin Börschel: Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Ich habe es nicht gemacht, weil Ihnen das von den Betroffenen ausführlich erläutert worden ist. Ausführlich erläutert wurde auch, dass die Bundeshilfen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sind, weil die nur einen ganz kleinen Abschnitt abbilden. Ich habe Ihnen gerade die besondere Betroffenheit dieses Bereiches dargestellt. Ich sehe, Sie haben keine Bereitschaft, hier Hilfe zu leisten, und lehnen das grundsätzlich ab. Ich wollte Ihnen eine goldene Brücke bauen angesichts der Tatsache, dass von der CDU in diesem Bereich Zusagen gemacht worden sind, hier eine gemeinsame Hilfestellung zu geben. Das wollen Sie augenscheinlich nicht. Sie fühlen sich an Ihre Zusagen nicht gebunden. Insofern können wir dann hier auch abstimmen.

Vorsitzender Martin Börschel: Gut. – Dann steht dieser Vorschlag hiermit zur Abstimmung.

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD (s. *Anlage 4*) ab.

Vorsitzender Martin Börschel: Damit haben wir alle Maßnahmen- und Maßgabenvorschläge von Regierung und Fraktionen behandelt und haben jetzt noch die Vorlage 17/6431 „Abfluss aus dem NRW-Rettungsschirm“. Die Frage ist, ob wir dafür jetzt die Sitzung unterbrechen sollen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Mein Vorschlag war, das in die März-Sitzung zu schieben!)

– Das kann der Ausschuss mit Mehrheit tun, wenn das hier beantragt wird. Dann liegt allerdings keine Beratung durch den HFA für das Februar-Plenum vor, zu dem nun mal der Ältestenrat einen Tagesordnungspunkt vorgeschlagen hat. Das ist jetzt Ihre Sache.

Will jemand das Wort, oder stimmen wir ab? – Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Meinetwegen können wir das jetzt unterbrechen. Es wird halt nach hinten hin knapp. Meine Idee eben war, den Ältestenrat zu bitten, das dann in das März-Plenum zu schieben. Wenn sich hier die Obleute einig sind, dass wir dann auch die Debatte ...

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Gut, der Kollege Zimkeit möchte es nicht in den März verschieben. Dann findet das nach der Anhörung – wahrscheinlich ohne meine Beteiligung – statt. Dann würde ich den Antrag so nicht aufrechterhalten. Dann kann es nach der Anhörung gemacht werden. Ich würde meine Fragen dann schriftlich einreichen.

Vorsitzender Martin Börschel: Vielen Dank. – Das heißt, es liegt der Vorschlag auf dem Tisch, die 98. Sitzung jetzt zu unterbrechen, bis die gleich stattfindende Anhörung durch ist. Sind Sie damit einverstanden? – Jedenfalls ist keiner nicht einverstanden, wie es aussieht. Dann machen wir es genauso. Die 98. Sitzung ist dann hiermit unterbrochen.

(Unterbrechung von 10:31 Uhr bis 13:22 Uhr)

Vorlage 17/6431 „Abfluss NRW-Rettungsschirm“

Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis: Ich habe festzustellen, dass die Sprecherin der grünen Fraktion für diesen Teil der Sitzung entschuldigt ist, vorübergehend auch der Kollege der FDP-Fraktion, der aber gleichwohl wieder zu uns stoßen wird.

Gibt es Wortmeldungen zu dieser Vorlage? – Das ist der Fall. Herr Zimkeit hat sich gemeldet. Sie haben das Wort. Im Anschluss folgt Herr Strotebeck.

Stefan Zimkeit (SPD): Schönen Dank. – Ich will die Chance nutzen, nicht die allgemeinpolitische Debatte, die man hier führen könnte und führen muss, zu führen – das können wir im Plenum tun –, sondern ich will noch ein paar Einzelfragen stellen.

Ich beginne mit dem Luftfilterprogramm Schule des Landes. Das ist ja im Ministerium für Heimat aufgeführt. Da ist der Mittelabschluss bisher eher bescheiden. Gibt es noch Anträge, die noch zu bearbeiten sind? Ist kurzfristig absehbar, dass der entsprechende Teil noch abfließt, oder kann davon ausgegangen werden, dass es beim jetzigen Abfluss bleibt?

Dann ist uns der Bereich Innenstadt aufgefallen – ich glaube, im gleichen Ministerium –, wo von einer sehr hohen Summe – 30 Millionen waren es nach meiner Erinnerung – nichts abgeflossen ist. Gibt es dafür eine Erklärung?

Die letzte Frage: An einigen Stellen sind die Erstattungen von Mitteln für Beiträge für Kindertageseinrichtungen und auch für die OGS kaum abgeflossen. Da bin ich eigentlich davon ausgegangen, dass das relativ einfach berechenbar war. Deswegen die Frage, ob da die Auszahlungen noch anstehen oder warum dies nicht so ist.

Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis: Vielen Dank, Herr Zimkeit. – Ich möchte jetzt noch Herrn Strotebeck Gelegenheit geben, seine Fragen zu stellen, damit das insgesamt beantwortet werden kann.

Herbert Strotebeck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion für die Vorlage, für die Beantwortung unserer Anfrage bedanken. Es ist sehr ausführlich, sehr detailliert und auch erfreulich, denn das Volumen ist bei Weitem nicht ausgeschöpft. Insofern bleibt die Hoffnung, dass die 25 Milliarden nicht nur nicht gebraucht werden, sondern etliches übrig bleibt. Das einzige, was wäre, ist die Frage: Kann man jetzt schon sagen, wo wir auslaufen können? Wir haben ja nächste Woche Dienstag eine Sondersitzung. Es wird ja wohl 2G und, und, und fallen. Es scheint sich zu bessern. Kurze Frage: Meinen Sie, schon sagen zu können, wo es auslaufen wird, ob wir mit dem genehmigten Kreditvolumen auskommen werden.

(Jochen Klenner [CDU]: Vielleicht noch die Lottozahlen!)

– Das wäre eine wunderbare Ergänzung, wenn das auch noch ginge. Spaß beiseite!

Meinen Sie, dass wir noch mal mehr brauchen? Also, die 25 werden wir wohl nicht brauchen. Aber müssen wir noch einen Kredit aufnehmen, oder wird das ausreichen oder möglichst nicht ausgeschöpft?

Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis: Danke, Herr Strotebeck. – Herr Staatssekretär zur Beantwortung.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (FM): Die Fragen von Herrn Zimkeit bezogen sich auf MHKBG und MKFFI. Insofern bitte ich die Fachressorts, die Fragen zu beantworten.

Was unsere Seite angeht, gucke ich zu Herrn Bongartz. Erst mal zum allgemeinen Teil: Es ist natürlich schwer kalkulierbar, zu sagen, wie sich die weitere Entwicklung

abzeichnet. Sie haben ja völlig zu Recht darauf hingewiesen, in dem Moment, wo eine Gastronomie wieder öffnet, der normale wirtschaftliche Betrieb wieder anläuft oder funktionieren kann und auch Veranstaltungen wieder in vermehrtem Maße stattfinden, sind natürlich die Programme unterschiedlich stark betroffen und werden abgerufen. Das aber jetzt zu prognostizieren, halte ich für sehr schwierig, weil wir ja immer davon ausgehen, das, was wir Ihnen mit der Liste präsentiert haben, ist ein Stand von Ende Dezember. Auch da hat es natürlich Entwicklungen gegeben. Auch da wird es in jedem Haus, ohne dass ich das jetzt detailliert aufführen könnte, weiterhin Mittelbindungen geben, die in einen Abfluss kommen. Das wird garantiert nicht die Endsumme sein. Ich meine, ohne mich zu weit aus dem Fenster zu wagen, wir hatten in einer der letzten Vorlagen dargestellt, dass wir zumindest vorläufig mit dem derzeit beantragten Mittelvolumen auskommen, ohne dass wir jetzt unmittelbar davor stehen, neue Kredite aufnehmen zu müssen. An dem Sachverhalt hat sich, sofern mein Haushaltsabteilungsleiter gleich nicht etwas anderes sagt, meines Erachtens nichts geändert. An seinem Kopfnicken sehe ich, dass ich da nicht völlig verkehrt liege.

Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Ihrer Anregung folgend würde ich jetzt gerne zunächst Herrn Lülsdorf für das MHKBG das Wort zur Beantwortung der Fragen von Herrn Zimkeit geben.

MR Thomas Lülsdorf (MHKBG): Zur ersten Frage, zum Luftfilterprogramm: Die Nachricht: In dem Luftfilterprogramm I, in dem wir 14,2 Millionen ausgezahlt haben, liegt noch ungefähr 1 Million bewilligter Mittel, die noch nicht abgerufen sind. Das Programm ist ja antragsmäßig ausgelaufen, aber es gibt noch Bewilligungen, die die Kommune noch nicht abgerufen haben, von rund 1 Million Euro. Für das laufende Programm haben wir insgesamt einen Bindungsstand von 17,7 Millionen Euro. Dieser Bindungsstand sind halt Bundes- und Landesmittel zusammen. Der Bund hat Ende 2021 die Verlängerung des Programms beschlossen. Wir im Land haben das eins zu eins nachgezogen, sodass Anträge noch bis 31. März gestellt werden können und Auszahlungen aus dem Programm bis 31.07. möglich sind. So sind die Vorgaben des Bundes. Bis gestern waren es, glaube ich, 15 Anträge, die in diesem Jahr gestellt wurde. Also, es gibt weitere Anträge, es wird wahrgenommen. Das ist der Stand.

Zum Städtebauprogramm: Ich denke, die Frage bezieht sich auf die Landtagsvorlage 17/4975 zum Thema „Stärkung Innenstädte und Zentren“. Da gibt es inzwischen einen Bindungsstand, Bewilligungsstand von 24,8 Millionen aus den 30 Millionen. Also, die Bescheide an die Kommunen sind weitestgehend in dem Rahmen raus, aber zumindest sind die Bewilligungen so formlos ausgesprochen, dass auch mit einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn die Möglichkeit besteht, förderunschädlich in den Kommunen damit zu beginnen. Ein weiterer Aufruf, der den restlichen Teil binden soll, ist in Vorbereitung.

Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis: Vielen Dank, Herr Lülsdorf. – Dann darf ich fragen, ob aus dem MAGS oder dem MSB zu den weiteren Fragen, die Herr Zimkeit gestellt hatte, noch Ergänzungsbedarf besteht. – Herr Grotke aus dem MKFFI.

RD Bernhard Grotke (MKFFI): Hinsichtlich der Elternbeiträge im Bereich der Kindertageseinrichtungen kann ich sagen: Grundsätzlich liegen die Erhebungen der Elternbeiträge in diesem Bereich in der Eigenverantwortung der Kommunen. Die sind dort frei. Dementsprechend sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen entsprechend hoch.

Wir haben selbst keine Erhebungen, wie hoch die einzelnen Elternbeiträge landesweit sind. Deswegen haben wir bei der Erstellung der Vorlagen zunächst den rechnerisch im KiBiz hinterlegten Elternbeitrag von 19 % berücksichtigt. Die tatsächlichen liegen offensichtlich deutlich darunter. Wir haben sämtliche Elternbeiträge erstattet, bzw. die Kommunen haben die erstattet und mit uns abgerechnet. Es ist kein weiterer Mittelabfluss zu erwarten.

Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis: Herzlichen Dank, dass Sie das noch klargestellt haben. – Frau Michels aus dem MSB zur weiteren Ergänzung.

MR'in Nicole Michels (MSB): Ich möchte auch etwas zu den Elternbeiträgen in der OGS sagen. Wir hatten ähnlich wie im Kitabereich zu Beginn dieser Maßnahmen Schwierigkeiten, das Volumen einzuschätzen, weil wir keinerlei Erkenntnisse hatten. Das führte dazu, dass wir bei den ersten beiden Anträgen von deutlich zu hohen Beiträgen ausgegangen sind. Wir haben das im Laufe des Verfahrens bei den weiteren Anträgen deutlich nach unten korrigiert. Wir sind genau wie das MKFFI durch mit der Zahlung der Beträge. Es kann also vielleicht nur Rückflüsse geben, aber im Prinzip sind die ganzen Bereiche abgearbeitet.

Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis: Vielen Dank, Frau Michels. – Soweit ich es sehe, sind die Fragen beantwortet. Ich frage trotzdem in die Runde: Gibt es weitere Nachfragen oder irgendwelche anderen Punkte? – Das ist für mich nicht zu erkennen. Dann darf ich die Beratung zu dieser Vorlage schließen.

gez. Martin Börschel
Vorsitzender

gez. Ralph Bombis
stellv. Vorsitzender

5 Anlagen

09.03.2022/31.03.2022

5



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf



STEFAN ZIMKEIT MDL

Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 53
F 0211.884-31 87
stefan.zimkeit@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

Maßnahmenvorschlag

Beim Programm „Neustart miteinander“ wird die Frist zur Durchführung von Veranstaltungen über den 30.6.2022 um drei weitere Monate auf den 30.9. 2022 verlängert. Gleichzeitig wird auch die Antragsfrist entsprechend verlängert.

Begründung

Es ist zur Zeit nicht möglich, dass Ende der Pandemie und die damit verbunden Einschränkungen abzusehen. Daher ist es notwendig die Möglichkeiten zur Förderung von Vereinen aus dem Programm „Neustart miteinander“ auszuweiten. Dazu muss sowohl die Antragsfrist wie auch die Frist zur Durchführung von Veranstaltungen verlängert werden, damit mehr Vereine und Organisationen Anträge stellen und Veranstaltungen durchführen können.

#SozialerFortschritt

Für die Vielen,

nicht die Wenigen.



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf



STEFAN ZIMKEIT MDL

Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 53
F 0211.884-31 87
stefan.zimkeit@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

Maßgabenvorschlag zur Vorlage 17/6441

Auf der Seite 2 im Abschnitt c) im 2. Satz wird hinter Brauchtumspflegende eingefügt :

„und gemeinnützige“

Der neue Satz in der Beschlussvorlage lautet:

Mit dem zusätzlichen Soforthilfeprogramm „Zukunft Brauchtum“ sollen als neue Komponente Brauchtumspflegende und gemeinnützige Vereine unterstützt werden (...)

Begründung

Von der Problematik der Corona—bedingten Absage von Veranstaltungen sind sowohl Brauchtumsvereine wie auch andere Vereine betroffen. Es muss sichergestellt werden, dass eine Gleichbehandlung erfolgt und alle Vereine entsprechend unterstützt werden.

#SozialerFortschritt

Für die Vielen,

nicht die Wenigen.



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf



STEFAN ZIMKEIT MDL

Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 53
F 0211.884-31 87
stefan.zimkeit@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

Maßnahmenvorschlag

Das Programm zur Förderung der Beschaffung von mobilen Luftfiltergeräten an Schulen wird wie folgt erweitert:

Die Beschaffung von mobilen Luftfiltergeräten wird auch für Mensen gefördert, die belüftet werden können.

Begründung

Gerade in den Mensen der Schulen ist das durchgehende Tragen einer Maske nicht möglich. Dies erhöht die Gefahr einer Infektion. Daher sollte zur Senkung des gesundheitlichen Risikos die Anschaffung von mobilen Luftfiltergeräten für diese Räumlichkeiten auch gefördert werden, wenn sie belüftet werden können. Entsprechende Mittel stehen im Programm zur Verfügung.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf



STEFAN ZIMKEIT MDL

Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 53
F 0211.884-31 87
stefan.zimkeit@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

Maßnahmenvorschlag

Den Brauereien bis zu einem Gesamtjahresausstoß von 200.000 hl wird
— eine Unterstützung in Höhe von insgesamt 22,5 Mio. € bereitgestellt.

Begründung

— Durch die weiterhin geltenden Einschränkungen vor allem in der
Veranstaltungsbranche und den Umsatzrückgängen in der Gastronomie
sind vor allem kleinere Brauereien von der Coronapandemie besonders
betroffen.

Trotz einer Senkung der Biersteuer auf Bundesebene für diese Betrieb
scheint eine weitere Hilfe notwendig. Daher wird eine zusätzliche
finanzielle Hilfe von 22,5 Mio. € eingerichtet. Bemessungsgrundlage ist
die nach der Biersteuermengenstaffel gezahlte Biersteuer von
Brauereien bis 200.000 Hektolitern der letzten drei Jahre.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 884 4509

Herbert.strotebeck@Landtag.NRW.de

Herbert Strotebeck * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An
Herrn Ausschussvorsitzenden
Martin Börschel MdL
-im Hause-

Düsseldorf, den 28. Januar 2022

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit beantrage ich im Namen der AfD-Fraktion für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 10. Februar 2022 den folgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

Belastungen der steuerberatenden Berufe im Zuge von Corona

Im Zuge der Corona-Pandemie sind die steuerberatenden Berufe mit einer zusätzlichen Arbeitsbelastungen aufgrund der Hilfestellung bei der Beantragung der unterschiedlichen staatlichen Subventionsprogrammen konfrontiert. Für diese zusätzlichen Aufgaben ist es sehr schwer qualifiziertes Personal am Arbeitsmarkt zu finden. Es ist einfach nicht verfügbar.

Die Mandanten der steuerberatenden Berufe sind auf eine zügige Auszahlung der Hilfen angewiesen, um Insolvenzen abzuweisen. Das normale Tagesgeschäft läuft ebenfalls weiter. Steuererklärungen müssen eingereicht; aber auch die handelsrechtlich erforderliche Veröffentlichung von Jahresabschlüssen muss erfolgen. In naher Zukunft stehen dann außerdem noch die Steuererklärungen im Zuge der Grundsteuerreform an.

Angesichts der zusätzlichen Belastungen der steuerberatenden Berufe bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, welche Maßnahmen sie auch über den Bundesrat ergreift, um die Belastungen der steuerberatenden Berufe zu minimieren. Dabei bitten wir insbesondere um die Beantwortung der folgende Fragen.

- Welche Gesetzgebungsprozesse hat die Landesregierung im Bundesrat gestartet, um die Arbeitsbelastung der steuerberatenden Berufe zu reduzieren?
- Welche aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung und anderer Länder sind der Landesregierung bekannt, um die Arbeitsbelastung für diese Berufe zu reduzieren?
- Welche Sonder-Fristen und Erleichterungen plant die Landesregierung mit Blick auf die Reform der Grundsteuer?
- Welche weiteren Erleichterungen plant die Landesregierung bei den Fristen zur Veröffentlichung und Einreichung von Steuererklärungen und Jahresabschlüssen?

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Strotebeck MdL

Sprecher Haushalt und Finanzen



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses
Herr Martin Börschel MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

STEFAN ZIMKEIT MDL
Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 53
F 0211.884-31 87
stefan.zimkeit@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

01.02.2022

Beantragung nächste Sitzung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Die SPD-Fraktion bittet um jeweils einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 10.2.2020 zu folgenden Themen:

Situation der steuerberatenden Berufe

Durch die Abwicklung von diversen Coronahilfsprogrammen sind viele Steuerberater*innen derzeit an der Leistungsgrenze. Auf Bundesebene wurden schon verschiedene gesetzliche Maßnahmen getroffen, insbesondere die Verlängerung von Fristen.

Wir bitten die Landesregierung um eine Darstellung, welche Maßnahmen auf Landesebene zur Erleichterung der Arbeit der Steuerberater*innen getroffen wurden, insbesondere was die Frage der Veröffentlichung von Jahresabschlüssen sowie Sanktionierung von verspäteten Einreichungen angeht.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Zimkeit MdL

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.